



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VII/268 - 20.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Niederlage des Kanzlers	S. 1
Zur Aufnahme Franco-Spaniens in die UNESCO	S. 3
Fritz Erler, MdB: Sinnlose Beratung ?	S. 4

Das Recht des Parlamentes

(sp) Die parlamentarische Niederlage des Bundeskanzlers am letzten Dienstag soll nach freilich nur vereinzelter Meinung in seiner Anhängerschaft plötzlich nur noch eine Art technisches Versehen gewesen sein. Das ist ein recht durchsichtiger Ablenkungsversuch.

Der Kanzler hat seit Monaten keine Gelegenheit ausgelassen, die schnellstmögliche Erledigung der zweiten und dritten Lesung des Vertragswerkes zu fördern. Dieser Wunsch lag ihm mehr als jeder andere am Herzen und es ist ganz unbestritten, daß der Kanzler aus der Abstimmung über den Termin ein indirektes Vertrauensvotum für sich herleiten wollte. Darin liegt die politische Bedeutung des Vorganges und, nach dem Ausgang der Abstimmung, die politische Niederlage des Kanzlers.

Man erfährt, daß etwa 30 Abgeordnete aus den Regierungsparteien nach der Abstimmung über die Saar-Entscheidung den Bundestag verließen, viele von ihnen offenbar, weil sie der Entscheidung in der Frage der Terminfestsetzung ausweichen wollten. Der Kanzler aber hatte es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, auf seinen Terminvorstellungen zu bestehen und er hat damit Schiffbruch erlitten, was übrigens in weniger auffallender Form im Laufe des letzten Jahres schon mehrfach geschehen ist. Eine andere Frage ist, ob er sich nach dieser letzten bitteren Erfahrung endlich dazu entschließen wird, dieses unwürdige, gegenüber

fremden Einflüssen so nachgiebige Drängen aufzugeben.

Es ist in einer der Regierung nahestehenden Zeitung gesagt worden, der wichtigste Grund für das Drängen Dr. Adenauers scheint sein Wunsch gewesen zu sein, die Unabhängigkeit der politischen Entscheidung des Parlamentes über die Verträge von der verfassungsrechtlichen Beurteilung durch das Bundesverfassungsgericht dadurch zu unterstreichen, daß die parlamentarische Entscheidung vor dem Beginn der Karlsruher Beratungen über das Gutachten über die Verträge falle. Das ist ein bemerkenswerter Satz, der in vorsichtiger und sozusagen positiver Form wiedergibt, was negativ und gröber ausgedrückt auf den Vorwurf hinausläuft, die Regierung habe gegenüber dem Spruch von Karlsruhe eine vollendete politische Tatsache schaffen wollen mit dem Ziel einer Einengung der psychologischen Bewegungsfreiheit des höchsten deutschen Gerichtes. Die Unabhängigkeit der politischen Entscheidung der Regierung hat aber gerade dort ihre Grenzen, wo die Verfassungsmäßigkeit ihres Vorgehens in Frage steht, Das hat nichts mit einer angeblichen Priorität der höchsten richterlichen vor der höchsten politischen Instanz - dem Parlament - zu tun.

Ein Wort zum Verhalten des Bundestagspräsidenten Ehlers in dieser Sache, der seit kurzem auch 2. Vorsitzender der Partei des Kanzlers ist. Als das Abstimmungsergebnis am Platz des Präsidenten bekannt wurde, hörte man über den Drahtfunk des Hauses die spontane Äußerung des Präsidenten: "Donnerwetter, das habe ich nicht erwartet". Natürlich haben auch Präsidenten höchster parlamentarischer Körperschaften das Recht, überrascht zu sein. Aber die etwas später erfolgte öffentliche Interpretierung des Abstimmungsergebnisses als eines rein technischen Vorganges und die dem hinzugefügte Ansicht, er sei überzeugt, daß die Verträge bis Weihnachten ratifiziert würden, fielen, obwohl in präsidentieller Eigenschaft geäußert, ganz offensichtlich in das Ressort des 2. CDU-Vorsitzenden.

Es ist kein Zweifel, und die Mehrheit des Hauses - eine größere übrigens als im Abstimmungsergebnis zum Ausdruck kam - hat das bestätigt, daß der Kanzler den drastischen Versuch gemacht hat, die Rechte und das Interesse des Parlamentes durch die Mißachtung der Ausschusarbeit zu beschneiden, in gewissen Umfange sogar zu ignorieren. Bei ihm sind solche Bestrebungen nicht neu. Tief bedauerlich ist aber, daß der erste Repräsentant dieses Parlamentes selbst sich mit solcher Methode identifiziert. Mit der Schwierigkeit, seine beiden hohen Ämter, das überparteiliche und das sehr parteigebundene, einwandfrei miteinander zu verbinden, scheint Dr. Ehlers noch nicht ganz fertig geworden zu sein.

+ + +

Eine Schlappe für die Weltdemokratie

Mit den Stimmen der Vertreter der deutschen Bundesregierung wurde Franco-Spanien in die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) aufgenommen. Der nachfolgende Artikel des spanischen Sozialistenführers wurde vor der entscheidenden Sitzung geschrieben, er hat auch jetzt nicht an Allgemeingültigkeit verloren. Die Aufnahme Franco-Spaniens ist nicht geeignet, die demokratischen Abwehrkräfte des Westens zu stärken.

+
Von Rodolfo Llopis, Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei.

+
Es ist fast genau ein Jahr her, seit der spanische Diktator Franco um die Aufnahme Spaniens in der UNESCO nachgesucht hat, indem er "seine volle Übereinstimmung zu dem genau bezeichneten Ziel und den Funktionen der Gründungscharta" bekanntgab "und sich damit einverstanden erklärte, die Aufgaben und Verpflichtungen eines Mitgliedstaates zu erfüllen". Die Unverfrorenheit Francos ist die Unverfrorenheit aller Diktatoren. Wie könnte ihm aber nicht bekannt sein, daß die UNESCO sich zur Aufgabe setzt, "zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit beizutragen, indem es durch die Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Zusammenarbeit zwischen den Nationen fördert, zur Gewährleistung des Gesetzes, der Gerechtigkeit, der Menschenrechte und der fundamentalen Freiheiten für Alle, ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechtes oder der Religion".

Ist es aber nicht der gleiche Franco, der die Einführung in Spanien der Schriften der UNESCO, wie z.B. "Das Album der Menschenrechte", "Die rassistischen Mythen", "Die Universitäten in Gefahr" usw. verbietet? Der faschistische Diktator erklärt sich heute zynisch bereit, die Verpflichtungen der Charta einzuhalten, und fährt zugleich fort, die Rechte und Freiheiten des spanischen Volkes mit Füßen zu treten, die Verfolgung der Protestanten - weil "Ketzer" - zu gestatten, ihre Kirchen zu zerstören, ihre Pfarrer brutalisieren und ihre Bücher verbrennen zu lassen.

Die Universität in Spanien ist immer noch ein "intellektuelles Konzentrationslager", die Professorenversammlungen sind eine wahrhafte "Kongregation des Index" geworden, die über die Reinheit des Glaubens wacht. Was die Höheren Schulen anbetrifft, hat das Unterrichtsministerium einen Gesetzesvorwurf über die Reform der Reifeprüfung ausgearbeitet. Jedoch mußte dieses Projekt laut dem mit dem Vatikan getroffenen Übereinkommen vorher der "Metropolitankonferenz" vorgelegt werden, die ihre Zustimmung, unter gewissen Vorbehalten, zu 32 der 118 Artikel gegeben hat und es den Katholiken überließ, die übrigen 86 Artikel zu diskutieren. Was die Volksschulen anbetrifft, machen sich die Phalanx und die Kirche weiterhin gegenseitig die Seele der Kinder streitig: Die Phalangisten durch die militaristischen Kinderorganisationen (Pelayos, Flechas, Margaritas) und dank der obligatorischen Kurse "politischer Ausbildung"; die Kirche ihrerseits mit der scharfen Zensur der Bücher, den Inspektionen und dem "Neuen Katechismus Ripalda", der allen Schulen aufgezwungen wird, und in dem man folgendes lesen kann:

- Frage: Was bedeutet die Pressefreiheit ?
Antwort: Das Recht, ohne vorherige Zensur alle möglichen Meinungen, so absurd und korrumpierend sie auch sein mögen, zu drucken und zu veröffentlichen.
- Frage: Muß die Regierung diese Freiheit mit Hilfe der Zensur unterbinden ?
Antwort: Selbstverständlich ja.
- Frage: Ist es eine große Sünde, eine liberale Zeitschrift zu abonnieren ?
Antwort: Ja, denn dadurch opfert man sein Geld dem Bösen, setzt seine Hoffnung auf die Unordnung und gibt ein schlechtes Beispiel.
- Frage: Gibt es andere verderbliche Freiheiten ?
Antwort: Ja, die Lehr-, Propaganda- und Versammlungsfreiheit.
- Frage: Inwieweit sind diese Freiheiten verderblich ?
Antwort: Indem sie es gestatten, Irrtümer zu lehren, das Laster zu verbreiten und gegen die Kirche zu komplottieren.

Das Regime Francos steht im flagranten Widerspruch zu all' dem, was die UNESCO darstellt. Was den faschistischen Charakter der Francoregierung anbetrifft, bestätigt sich dieser täglich durch unsere schmerzliche Erfahrung als Spanier. Franco selbst verkündet es mit Unverfrorenheit. Und die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat es feierlich in ihrer Resolution vom 12. Dezember 1946 verkündet. Aber hauptsächlich zeugt hiervon die Geschichte Spaniens, die seit 16 Jahren mit dem Blute ihrer Märtyrer geschrieben wird.

+ + +

Sinnlose Beratung ?

Von Fritz Erlar, MdB

Die SPD sei ja doch seit langen zum Nein entschlossen, deshalb hätte eine gründliche Beratung der Vertragswerke in den Ausschüssen des Bundestages keinen Sinn. So argumentierte Dr. Schröder vom Fraktionsvorstand der CDU, als er eine Entscheidung über die Verträge forderte, bevor die Ausschüsse ihre Berichte auch nur beschlossen, geschweige denn als Drucksache dem Parlament und der Öffentlichkeit unterbreitet hatten.

Bisher hat es in der CDU nicht eine einzige Fraktionssitzung gegeben, in der über den Inhalt der Verträge seit der Einbringung im Bundestag diskutiert wurde. Viele CDU-Abgeordnete gehören den - zum Teil vertraulichen - Ausschüssen, welche die Vertragswerke beraten haben, überhaupt nicht an. Wenn sie sich nicht auf die Presse verlassen wollen, sind sie in ihrer Meinungsbildung auf die

Arbeitsergebnisse der Ausschüsse angewiesen. Ihnen allen unterstellt ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender, daß sie zum Ja entschlossen sind, ohne daß sie die Konsequenzen der Vertragsbestimmungen kennen.

Noch am letzten Sonntag haben die Abgeordneten Strauß von der CSU und Dr. Besold von der Bayernpartei im Rundfunk erklärt, daß die Ausschußberatungen notwendig und nützlich seien. Sie hätten bis in die Einzelheiten hinein das Vertragswerk durchleuchtet und die dringend erforderlichen Erläuterungen der Bedeutung zahlloser Bestimmungen zutage gefördert.

Ferner ist es nicht einmal wahr, daß der Sinn der Ausschußberatungen nur in der Begründung für ein Ja oder ein Nein zum ganzen Vertragswerk bestünde. Selbst wenn die Verträge je Wirklichkeit würden, hätte es für ihre Auslegung bei Streitfällen größere Bedeutung, was sich die Vertragspartner nach den Debatten in ihren Parlamenten dabei gedacht haben. Zu vielen unklaren Bestimmungen könnte noch vor der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde durch einen zusätzlichen Brief- oder Notenwechsel der Vertragspartner Klarheit geschaffen werden. So manche nicht eilige Bestimmung läßt sich bei gutem Willen durch gleichzeitig mit dem Vertragswerk in Kraft tretende Zusatzvereinbarungen - z.B. über die Grenzen der Notstandsklausel der Besatzungsmächte - mildern.

Auf all' das will Herr Dr. Schröder verzichten. Das gewählte Parlament soll Ja sagen - und sonst nichts. Wird dem Parlament jede vernünftige Mitwirkung durch eigene realisierbare Vorschläge versagt, dann sollten die verantwortungsbewußten Abgeordneten der Regierungskoalition, die es doch hoffentlich auch noch gibt, aber ein Nein sagen, damit der Weg zu neuen Verhandlungen frei wird.

+ + +